

Landtag NRW Ralf Witzel MdL Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen Ralf Witzel MdL

Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW

Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441 Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 25. August 2023

PRESSEINFORMATION

<u>Wegfall des Mindestabstands von Windanlagen zu Wohngebieten bedenklich:</u> Witzel weist auf drastische Beeinträchtigungen der Anwohner hin

CDU, SPD und Grüne haben soeben im Landtag den Wegfall des 1000-Meter-Mindestabstands zwischen neuerbauten Windindustrieanlagen und Wohngebieten beschlossen. FDP-Landtagsabgeordneter Ralf Witzel hat als einziger Essener Parlamentarier in namentlicher Abstimmung dagegen votiert und warnt vor den drastischen Beeinträchtigungen der Anwohner.

Den zukünftigen Entfall jedes Schutzabstandes von Windindustrieanlagen zu Wohnbebauungen hält Witzel für einen kapitalen Fehler: "Windräder sind heute oft mehrere hundert Meter hoch. Der Mindestabstand von Windenergieanlagen zu Wohnbebauungen schafft daher Akzeptanz und Rechtssicherheit. Das Problem beim Windenergieausbau ist nicht der bisherige 1000-Meter-Abstand, sondern die Verfahrensverzögerung durch die Genehmigungsbürokratie und Anwohnerklagen. Letztere werden durch den schrankenlosen Vorrang von Windenergie vor allen anderen Energieträgern zukünftig eher ansteigen. Wir haben nichts gegen den Zubau von erneuerbaren Energien. Die Optionen für den Schutz von Landschaften und Anwohnern sind aber viel besser in einem sachgerechten Mix der Energieträger, beispielsweise unter stärkerer Einbeziehung von Potentialen der Photovoltaik. Konventionelle Energieträger werden wir außerdem weiterhin benötigen, um die Grundlast und damit Versorgungssicherheit auch in der Dunkelflaute abzudecken."

In Essen bedeuten die aktuellen Beschlüsse für viele Bürger, eine Windanlage bald nur wenige Meter von ihrem Grundstück oder Wohnhaus stehen zu haben. Die FDP sieht darin nicht nur optische Einschränkungen, sondern gibt auch die Sicherheit der Bürger bei technischen oder baulichen Defekten der Anlagen zu bedenken.